

Ressort: Politik

Städte- und Gemeindebund begrüßt Einigung zum Familiennachzug

Berlin, 31.01.2018, 01:00 Uhr

GDN - Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat die Einigung zwischen Union und SPD zum Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige begrüßt. "Städte und Gemeinden dürfen bei der Integration der Flüchtlinge nicht überfordert werden. Daher haben wir uns stets gegen einen unbegrenzten Familiennachzug ausgesprochen", sagte DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der Funke-Mediengruppe (Mittwochsausgaben).

"Der sich abzeichnende Kompromiss von 1.000 Nachzügen pro Monat erscheint aus unserer Sicht vertretbar." Allerdings sollten bei den Kriterien für den Nachzug zunächst die Familien derjenigen Personen berücksichtigt werden, die über eine Wohnung verfügten und in der Lage seien, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. "Ähnliche Regelungen finden sich auch im Ausland, etwa in der Schweiz", sagte Landsberg.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-101409/staedte-und-gemeindebund-begruesst-einigung-zum-familiennachzug.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com